

Fachtagung „Politikberatung als Intervention?“
Humboldt-Universität zu Berlin, 22. Juli 2010

Dr. Antke Engel, GenderKompetenzZentrum

„Gleichstellung, Antidiskriminierung und die Strategie des Queerversity“

Das GenderKompetenzZentrum engagiert sich in den Bereichen der Gleichstellungs-, der Antidiskriminierungs- und Diversitätspolitik. Es ist gezielt damit befasst, produktive Zusammenhänge zwischen diesen unterschiedlichen Perspektiven des Umgangs mit sozialer Differenz herzustellen. Und vor allem sieht es sich an einer fortdauernden Kritik und Umarbeitung dieser politischen Konzepte beteiligt.

Anliegen ist es, Formen sozialer, kultureller und politischer Partizipation zu entwickeln, die nicht bestehende Verhältnisse bestätigen, sondern transformatorische Gestaltungsmacht bewirken. Gleichstellung, Schutz vor Diskriminierung und Anerkennung von individueller Differenz können als wichtige Voraussetzungen derartiger Veränderungspotenziale betrachtet werden.

Damit Gleichstellungs-, Antidiskriminierungs- und Diversitätspolitiken transformatorische Gestaltungsmacht entfalten können, scheint es jedoch notwendig, sie mit einer Analyse gesellschaftlicher Macht- und Ungleichheitsverhältnisse zu verbinden. Perspektiven der Veränderung entwickeln sich aus den entsprechenden Macht- und Herrschaftsanalysen und begründen Leitlinien für die Praxis. Entsprechend stellen queer-feministische Ansätze die Veränderung der Geschlechterverhältnisse in einen breiteren Kontext. Sie zielen darauf ab

- > eine Enthierarchisierung gesellschaftlicher Verhältnisse voranzutreiben,
- > gegen soziale Ausschlüsse und gewaltvolle Normalisierungen vorzugehen und
- > nicht-hierarchische Artikulationen von Differenz zu fördern.

In diesem Sinne sind Veränderungsprozesse im Kontext feministischer und queer-theoretischer Politik bewusst intersektional gefasst: Sie verbinden sich mit anti-rassistischen, postkolonialen, okzidentalismus- und antisemitismuskritischen Ansätzen. Sie befördern die Auseinandersetzung mit Bildung, Herkunft, Klasse, ökonomischer Situietheit, Alter, körperlicher Befähigung, sexueller Orientierung, Hautfarbe, Religion. Sie fragen: Wie genau begründen die genannten Kriterien soziale Identitätsbildung, Differenzierung und Hierarchisierung? Wie greifen sie ineinander?

Die Komplexität mehrdimensionaler Ungleichheitsverhältnisse und Differenzkonstruktionen anzuerkennen, heißt, dass politische Strategien nicht vereinheitlicht oder generalisiert werden können. Vielmehr gilt es Räume für die Verhandlung unterschiedlicher Ansätze zu eröffnen und innerhalb dieser Räume die Umarbeitung von Machtbeziehungen zu befördern.

Entsprechend versteht das GenderKompetenzZentrum die Konzepte der Gleichstellungs-, Antidiskriminierungs- und Diversitätspolitik selbst als welche, die zur Verhandlung stehen.

Hier möchte ich kurz andeuten, in welcher Richtung das aktuelle Team sie momentan weiterdenkt und umarbeiten möchte:

Gleichstellungspolitik wird bewusst so gefasst, dass sie sich nicht allein auf die Gleichstellung der Geschlechter bezieht. Vielmehr geht es darum *jegliche* Ungleichheitsverhältnisse abzubauen. Was auch heißt, sich ihren widerstreitenden Dimensionen zu stellen: Entsprechend kann z.B. Politik gegen geschlechterhierarchische Verhältnisse nicht um den Preis einer Verschärfung rassistischer Diskurse und Praxen betrieben werden. Zudem richten sich Gleichstellungsforderungen nicht allein gegen Hierarchiebildungen, sondern auch gegen verfestigte Konstruktionen sozialer Identitäten, die mit normative Zurichtungen und Ausschlüssen einhergehen: Das bedeutet, dass eine Politik gegen geschlechterhierarchische Verhältnisse zu kurz greift, wenn sie nicht auch sozio-kulturellen Raum für transgender und intersexuelle Geschlechterpositionen schafft und die normativ heterosexuelle Anordnung der Geschlechter relativiert.

Im Kontext der *Antidiskriminierungspolitik* richtet sich unsere Aufmerksamkeit weniger auf die an einem Diskriminierungsgeschehen beteiligten Personen als auf die Diskriminierungspraxen. Auf welchen Vorannahmen sitzen sie auf? Wie sind sie gesellschaftlich legitimiert? Welche Machtwirkungen entfalten sie, die der Absicherung gegebener gesellschaftlicher Verhältnisse dienen? Mit dem Blick auf die Diskriminierungspraxen soll verhindert werden, dass Antidiskriminierungspolitiken zur Festschreibung so genannter Opfergruppen beitragen oder bestimmten Gruppen eine verstärkte Verletzbarkeit zuschreiben – was genau die Diskriminierungssituation verstärken würde, gegen die angegangen werden soll.

Diversitätspolitik zielt nicht einfach darauf ab, gesellschaftlichen Raum für Vielfalt zu eröffnen – als wären Differenzen „einfach gegeben“ und müssten nur in ihrer bunten Fülle wahrgenommen werden. Vielmehr geht es darum, wie Differenz sozio-kulturell hervorgebracht wird und wie die Darstellungsweisen von Differenz bestimmte „Realitäten“ und Wertungen“ produzieren. Diversitätspolitik fragt also nach den sozio-kulturellen Hintergründen von Differenzartikulationen, nach den darin wirksamen Machtverhältnissen, und danach, wie sich Handlungsmächtigkeit im Hinblick auf Selbstrepräsentationen entwickeln lässt.

Dies unterscheidet sie von Diversitätspolitiken, die unter dem Stichwort „Diversity heißt Vielfalt“ dazu beitragen, dass systematischen Ungleichheitsbeziehungen unbenannt (oder unbenennbar) bleiben und der Umgang damit zur individuellen Verantwortung erklärt wird. Kritisch wenden wir uns dagegen, die Anerkennung sozialer Differenzen einer Markt- und Leistungslogik zu unterwerfen oder sie an (soziale, kulturelle oder ökonomische) Brauchbarkeit oder Nutzenerwägungen zu koppeln. Wie also lassen sich Diversitätspolitiken entwickeln, die gezielt auf eine Enthierarchisierung von Verschiedenheit hinwirken?

Wir möchten zu diesem Zwecke den Begriff *Queerversity* ins Spiel bringen, um gängige Verständnisse von Diversity/Diversität herauszufordern. Queerversity bezeichnet eine (noch in der Entwicklung befindliche) Strategie, die sich zunächst einmal vor allem gegen einen am ökonomischen Nutzen orientierten Umgang mit

sozialen Differenzen richtet – aber auch gegen die Verdinglichung von Differenz als verfestigte Identität oder als vermarktbare Ware. Statt auf definierte Identitäts- oder Differenzpositionen zurückzugreifen oder eine Logik von Norm und Abweichung zu bestätigen, versteht Queerversity Differenzen als dynamische Prozesse der Differenzierung oder als fortdauerndes Werden. Queerversity eröffnet Raum für Vielfältigkeit, Ambiguität, und undefinierte Andersheit. Queerversity erfordert neue Formen der Macht- und Herrschaftsanalyse, die Differenzierung nicht als Grenzziehung verstehen.

Die Strategie des Queerversity ist auf dem Hintergrund queerer Theorie und Politik entworfen. *Queere Theorien* heben eine Verbindung zwischen der Kritik an Identitätskonstruktionen und der Herausbildung sozialer Hierarchien hervor. Die identitäre Festlegung und die binäre Unterscheidung von Selbst und Anderem oder Norm und Abweichung produzieren Differenzverständnisse, die immer schon hierarchisiert sind, weil die Differenz nur in Abgrenzung von einer zentral gesetzten Normalität zu fassen ist. Diese Abgrenzung kann jedoch nur dann aufrecht erhalten werden, wenn die Vergleichsgrößen als klar definierte, halbwegs stabile Identitäten erscheinen.

Konkret wird der Begriff der Heteronormativität eingeführt, um das Zusammenspiel zwischen der rigiden Unterscheidung zweier Geschlechter, die einander angeblich komplementär ergänzen, und der Naturalisierung von Heterosexualität herauszustellen. Dadurch, dass normative Heterosexualität und Zwei-Geschlechter-Ordnung sich gegenseitig absichern, erscheinen transgender, transsexuelle und intersexuelle Positionen als logische Unmöglichkeit oder Abweichungen der Natur – nicht aber als soziale Lebensweisen.

Im Unterschied zu Emanzipations- und Identitätspolitikern zeichnen sich queerpolitische Ansätze dadurch aus, dass sie Veränderung dort ansetzen, wo sich die naturalisierte Selbstverständlichkeit gegebener Verhältnisse unreflektiert zur Norm erhebt.

Statt den Fokus auf so genannte Minderheiten zu legen und die Integration der bisher Ausgeschlossenen zu fordern, werden die Prozesse kritisiert, die Dominanz und Privilegien herstellen und absichern.

Was bedeutet diese queer theoretische Perspektive für die Politikberatung?

Ich denke, dass sich zwischen Politikberatung und queerer Politik notwendig ein Spannungsfeld herausbildet, und dass dieses auch nicht aufzulösen ist: Politikberatung orientiert sich an politischen Anforderungen, die auf Operationalisierbarkeit und Institutionalisierung aus sind. Politikberatung ist mit Übersetzungsprozessen befasst, die wissenschaftliche, kulturelle, aktivistische, lobbyistische Ansätze aufgreifen, um sie in Diskurse münden zu lassen, die der Politik ermöglichen, hegemoniale Kämpfe durch Entscheidungen stillzustellen.

Queer hingegen ist als Störfaktor, als Moment der Irritation und Unterbrechung hegemonialer Machtverhältnisse und Normalitätsregime aufgestellt. Queer zielt darauf ab Verschiebungen zu produzieren, die Artikulationsräume eröffnen, die nicht daran orientiert sind, vordefinierte Identitäten zu repräsentieren. Das Spannungsfeld zwischen Politikberatung und Queer beruht also auf einem gegensätzlichen Verhältnis zur offiziellen Politik, das sich vielleicht vereinfacht auf die Formel bringen ließe: Queer unterläuft Hegemoniebildungsprozesse, während Politikberatung sie forciert.

Diese Gegensätzlichkeit bedeutet aber nicht, dass sich Politikberatung und Queer als klar umrissene Einheiten sorgfältig voneinander abgrenzen ließen: Vielmehr geht es aus einer queer-feministischen Perspektive genau darum, die Verschiebungen und Artikulationen *im hegemonialen Feld* zu produzieren – wenn eine_r so will: sich in die Übersetzungsprozesse der Politikberatung einzumischen (und sei es in subversiver Weise). Und umgekehrt zielt Politikberatung (zumindest Politikberatung als Intervention) unter anderem auch darauf ab, Prozesse der Kritik, Selbstkritik und Reflexion des Systems zu initiieren, die nicht ohne Störung, Irritation, Unterbrechung einhergehen.

Interessant wird es also dort, wo sich Politikberatung und Queer begegnen. Dort bildet sich die paradoxe Situation heraus, dass das eine Feld nicht ohne das andere kann, während sie gleichzeitig aber auch nicht zusammengehen. Dieses paradoxe Verhältnis ist das, was mir als produktiv erscheint. Es fordert dazu auf, aus der Paradoxie heraus zu arbeiten. Das aber heißt eben gerade nicht, das Paradox aufzulösen oder das Verhältnis zu harmonisieren. Eine solche

Harmonisierung könnte darin bestehen, dass versucht würde, Artikulationen queerer Politik zu erfinden, die sich ins Feld politischer Operationalisierbarkeit übersetzen lassen oder die in hegemoniale Diskurse integrierbar sind. Die „Intimitäten“ zwischen Queer und Diversitätspolitiken, Menschenrechtspolitiken oder neoliberalen Politiken würde ich – auf je unterschiedliche Weise – hier ansiedeln.

Stattdessen plädiere ich dafür, die im Paradox angelegten Spannungen dafür nutzen Auseinandersetzungen zu initiieren – und die Unabschließbarkeit der Auseinandersetzungen als charakteristisches Moment des politischen Feldes zu unterstreichen.

Wenn queere Identitätskritik hierbei zu einer Gegenspieler_in hegemonialer Stabilisierung wird, heißt dies allerdings nicht, dass Queer nicht angeeignet und funktionalisiert werden könnte – denn, wie gesagt, die Irritation, der Bruch ist immer zugleich auch ein Moment der Modernisierung des herrschenden Systems. Gerade unter neoliberalen Verhältnissen, die durch ein Interesse an „Differenz als kulturellem Kapital“ gekennzeichnet sind und dadurch, dass sie die Einzelnen durch ihre Freiheitspraxen den sozio-ökonomischen Anforderungen unterwerfen, wird Queer all zu leicht zur Chiffre für das paradox-prekäre Subjekt spätmoderner Verhältnisse: Dieses gewinnt Freiheit dadurch, dass es sich der permanenten, flexiblen Anpassung unter immer neu konfigurierte Zwänge mehr oder weniger lustvoll hingibt. Öffentlicher Raum wird dadurch reklamiert, dass er mit Persönlichem gefüllt wird.

Damit sind jedoch politische Auseinandersetzungen darüber wie sich in diesem Öffentlichen Handlungsmacht verteilt, welche Allianzen und welche Formen geteilter sozialer Praxis gesucht werden, noch gar nicht auf den Plan gerufen. Sie werden erst dann wieder verfügbar, wenn sich Queer als Moment eines potentiellen, aber immer verschobenen Geschehens in Szene setzt, das in notwendiger Spannung, zu den Entscheidungshilfen der Politikberatung und den Entscheidungsfreuden der Politik steht.

In diesem Sinne möchte ich mit einer Frage enden, die eine offene Zukünftigkeit eröffnet, die prekärerweise auch dem GenderKompetenzZentrum vergönnt ist:

Bieten die Machtanalytik und die Selbstreflexivität, an der das GenderKompetenzZentrum seine Arbeit und Politikberatungspraxis ausrichten möchte, Möglichkeiten für eine politisierte und politisierende Partizipation? Bedeutet dies, dass Handlungsmacht umverteilt wird? Und eröffnen sich Felder der Partizipation, in denen auch Artikulationen öffentlich werden, gehört und aufgegriffen werden, die aus Sicht herrschender Normalitätsvorstellungen als unverständlich gelten?
Kann das Unmögliche Wirksamkeit entfalten?

Antke Engel, Juli 2010

Hintergrundliteratur:

Engel, Antke: *Bilder von Sexualität und Ökonomie. Queere kulturelle Politiken im Neoliberalismus*, Bielefeld (transcript) 2009

Engel, Antke: *Wider die Eindeutigkeit. Sexualität und Geschlecht im Fokus queerer Politik der Repräsentation*, Frankfurt/M. (campus) 2002